

## **Mitteilungsblatt 04.08.2023**

### **Wissen hilft auch bei der Klimawende weiter**

Nachdem sich die FDP Hirschberg in der Liberalen Runde Juli mit dem Thema „Heizung“ beschäftigt hatte, traf sie sich nochmals mit dem damaligen Referenten, Dr. Joachim Schneider, der aktuelle Entwicklungen, v.a. Aussagen der Grünen und Kommentare in den Regionalzeitungen, einordnete.

Klimaaktivisten in Parteien und Medien haben, die anspruchsvolle Funktion und Wirkung des nationalen Emissionshandels noch nicht verstanden, sagt Schneider. Die Regierung wolle den CO<sub>2</sub>-Preis auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas von 30 auf 40 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> anheben, wurde beklagt. All diese Brennstoffe würden teurer. Ein solcher Sprung sei in Zeiten, da die Wirtschaft schwächelt und die Inflation schmerzt, keine gute Nachricht. Dabei hat die Ampelregierung den Preis bislang wegen der schwierigen Zeiten dankenswerterweise nicht, wie ursprünglich geplant, auf 35 Euro angehoben, sondern bei 30 Euro belassen. Nun klingen zehn Euro mehr, wie ein satter Schluck aus der Pulle, der nötig wird, weil die Regierung die selbst gesteckten Ziele und Forderungen der klimabewegten Jugend gerecht werden will. Dabei wird übersehen, dass durch den Zertifikatehandel die Klimaziele bislang und auch in der Zukunft am effektivsten verfolgt werden.

Die überwiegend betroffenen Sektoren Verkehr und Wärme umfassen sehr viele Emittenten, zum Beispiel Bürger, die ihre Fahrzeuge oder Häuser mit fossilen Brennstoffen betreiben oder heizen. Damit diese Personen nicht alle direkt am nationalen Emissionshandel teilnehmen müssen, erfolgt die Teilnahme über die Unternehmen, die die Brennstoffe in Verkehr bringen, die sogenannten BEHG-Verantwortlichen. Sie geben die Mehrkosten dann an die Verbraucher weiter.

Selbst wenn der CO<sub>2</sub>-Preis nach der Festlegungsfrist ab 2025 auf 300 Euro je Tonne steigen würde, wären das fünf Cent je Kilowattstunde. Das ist im Vergleich zu den Schwankungen der Gaspreise, aber insbesondere der Strompreise, gering. Diese haben nach Meinung von Energieexperten das Potential, von heute 40 Cent auf bis zu 80 Cent je Kilowattstunde zu steigen. Grund ist die politisch forcierte Stromnachfrage bei gleichzeitiger Verknappung der grundlastfähigen Stromerzeugung von Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken.

Die Mehrheit der „Menschen auf der Straße“ ist laut Umfragen gegen das Verbot von Gas- und Ölheizungen. Sie benutzen ihren eigenen Verstand und sind bereit bei vertretbarer Belastung die Energiewende mitzutragen. Überteuerte Vorleistungen, um der Welt ein Beispiel zu geben, gefährden den individuellen Wohlstand und haben keine Akzeptanz.

"Wichtig ist, dass in Deutschland das Energieangebot der steigenden Nachfrage folgt und damit auch billiger wird", meinte unser Gemeinderat Oliver Reisig.